

Umweltverwaltung

Mitarbeiter planen Verbesserungen

Die Umwelt- und die Naturschutzverwaltung weisen bereits Tendenzen einer Mangelverwaltung auf. Zu diesem Ergebnis kommen zwei Gutachten. Darauf aufbauend haben Arbeitsgruppen nun Vorschläge entwickelt, wie diese Verwaltungsbereiche weiterentwickelt werden sollen.

Von Stefanie Schlüter

STUTTGART. Kaum ein Bereich entwickelt sich so schnell wie der der Gesetze im Umwelt- und Naturschutzbereich. Hier gilt es, auch viele Vorgaben und neue Aufgaben durch die EU zu beachten. Doch zugleich war dieser Verwaltungsbereich auch seit der Verwaltungsreform 2005 überdurchschnittlich vom Personalabbau betroffen. Heute hat die Landesverwaltung im Umweltbereich 17 Prozent weniger Stellen als im Jahr 2006. Zu diesem Ergebnis kommen die Gutachter in ihrer Untersuchung.

Das Umweltministerium hatte die Wissenschaftler Jörg Bogumil von der Universität Bochum, Falk Ebinger von der Universität Wien und Stephan Grohs von der Universität Speyer mit dem Gutachten beauftragt. Die Wissenschaftler haben bereits verschiedene Verwaltungsbereiche in anderen Bundesländern untersucht.

Wissenschaftler: Land hat im Vergleich wenig Personal

Die Wissenschaftler kamen zu dem Schluss, dass der Südwesten im Vergleich zu anderen Bundesländern sehr wenig Personal in der Umweltverwaltung hat (siehe Tabelle). Es bleibe kaum noch Zeit für qualifizierte Weiterbildung, aktive Beratung und Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen und konzeptionelles Arbeiten. „Es reicht für das Nötigste, mehr aber auch nicht“, sagte Umweltminister Franz Untersteller (Grüne).

Seit Oktober befassen sich verschiedene Arbeitsgruppen und eine Lenkungsgruppe, in der verschiedene Ministerien, Personalräte, Regierungspräsidien sowie Städte- und Landkreistag vertreten sind, mit der Zukunft der Umweltverwaltung. „Wir werden die Verwaltungsstrukturreform nicht angreifen. Wir wollen in den bestehenden Strukturen besser werden“, sagt die Leiterin der Abteilung 1 im Umweltministerium, Jutta Lück. Ihr untersteht der Bereich Organisation.



Die Genehmigungen für Windkraftanlagen sind aufwendig. In manchen Behörden gibt es damit bereits viel Erfahrung, in anderen sind sie Einzelfälle. FOTO: DPA

Umweltpersonal bezogen auf Einwohner und Bruttoinlandsprodukt

Indikatoren	Ba-Wü	Bayern	NRW	NDS
Personal gesamt	3825	6737	6181	3459
davon Landesbeschäftigte	2190	5388	3615	2158
davon kommunale Beschäftigte	1635	1349	2566	1301
Einwohnerzahl in Mio.	10,79	12,74	17,68	7,86
Personal pro 1 Mio. Einwohner	354,6	528,6	349,5	440
BIP in Mrd. Euro (2014)	438	522	625	254
Personal pro 1 Mrd. Euro BIP	8,7	12,9	9,9	13,6

Quelle: Gutachten zur Weiterentwicklung der baden-württembergischen Umweltverwaltung / Tabelle: Wirth

Inzwischen liegen 35 Verbesserungsvorschläge auf dem Tisch. Dazu zählt beispielsweise der Aufbau eines Wissensmanagements für die Umweltverwaltung. Denn immerhin werden in den kommenden Jahren rund 500 Mitarbeiter in Rente gehen. Deren Wissen wäre dann weg. Dabei geht es einerseits um technische Aspekte. Etwa wie

die Fachinformationen aus Leitfäden, Fachaufsätzen, Landtagsanfragen und Gesetzen so bereitgestellt werden können, dass sie bei Bedarf schnell und einfach aufzufinden sind.

Zugleich geht es auch darum, herauszufinden, wo welches Spezialwissen vorhanden ist. Und so ein Kompetenznetzwerk in der Um-

weltverwaltung zu schaffen. Denn nicht jeder Landkreis und jedes Regierungspräsidium kann für jedes Problem einen Spezialisten vorhalten. Voraussetzung für ein solches Netzwerk ist jedoch auch, dass die jeweiligen Fachleute von anderen Aufgaben befreit werden, damit sie die Zeit haben, Kollegen in anderen Behörden entsprechend zu beraten. Diese Beratung muss dann auch klar zum Aufgabenbereich des jeweiligen Fachmanns gehören, so ein Ergebnis der Arbeitsgruppen.

Ideen zum Gewinnen von Personal erarbeitet

Eine Entlastung für Spezialisten böten beispielsweise Assistenten mit Verwaltungsausbildung, die etwa einem Chemiker oder Bodenexperten als Verfahrensmanager zur Seite stehen. Auch die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden, etwa durch interkommunale Kooperationen, sollte gestärkt werden.

Ein wichtiger Bereich ist auch die Frage der Personalgewinnung und -entwicklung. Derzeit gilt auf Landesebene, wenn jemand in Pension geht, eine zwölfmonatige Stellenbesetzungssperre. Damit entfallen Wissensweitergabe und Einarbeitung. Die Arbeitsgruppen schlagen vor, eine Art einjähriger Trainingszeit einzuführen. Sobald absehbar ist, dass eine Stelle frei wird, könnte ein Nachfolger dann sowohl hausintern als auch mit Hospitationen in Stadt- und Landkreisen, beim Regierungspräsidium und beim Umweltministerium auf die Arbeit vorbereitet werden.

„Im Interesse des Umwelt- und Naturschutzes, aber auch des Wirtschaftsstandortes Baden-Württemberg müssen wir sicherstellen, dass unsere Umwelt- und Naturschutzverwaltung auch künftig auf hohem Niveau funktioniert“, sagt der Umweltminister. Dazu gehöre, die Zusammenarbeit zu optimieren und Synergieeffekte zu erzielen. „Dazu gehört aber auch, dass wir die Bereiche benennen, in denen ein maßvoller Stellenzuwachs im Interesse einer effektiven Umwelt- und Naturschutzverwaltung nötig ist“, so Untersteller. Die Lenkungsgruppe hat bereits von einem angemessenen Stellenaufwuchs gesprochen. Die Beschäftigten im Umweltbereich machen derzeit 1,04 Prozent aller Landesbeschäftigten aus.

MEHR ZUM THEMA

Die Gutachten finden Sie auf den Seiten des Umweltministeriums: www.um.baden-wuerttemberg.de